Bundesgesetz über den Gütertransport von Bahn- und Schifffahrtsunternehmen

(Gütertransportgesetz, GüTG)

vom XX. xxx 2006

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf die Artikel 87 und 122 der Bundesverfassung
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ...¹
beschliesst:*

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Geltungsbereich

¹ Dieses Gesetz gilt für den Transport von Gütern durch:

- a. Eisenbahnunternehmen mit einer Konzession nach Artikel 5 oder einer Bewilligung nach Artikel 9 des Eisenbahngesetzes vom 20. Dezember 1957²;
- b. Eisenbahn-, Seilbahn- und Schifffahrtsunternehmen mit einer Konzession oder Bewilligung nach den Artikeln 6–8 des Personenbeförderungsgesetzes vom ...³.

² Die Bestimmungen dieses Gesetzes sind für den bestellten Güterverkehr zwingend.

³ Für den nicht bestellten Güterverkehr gelten zwingend die Bestimmungen über die Haftung (Art. 18-27) und den Rechtsweg (Art. 29). Die übrigen Bestimmungen gelten, soweit der jeweilige Vertrag nichts anderes vorsieht.

⁴ Das Gesetz gilt für das ganze Gebiet der Schweiz, soweit internationale Vereinbarung nichts anders vorsehen.

Art. 2 Begriffsbestimmungen

¹ In diesem Gesetz gelten als:

- a. Departement: das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation;

SR

1 BBl

2 SR **742.101**

3 SR ...

- b. Bundesamt: das Bundesamt für Verkehr;
- c. Station: Bahnhöfe, Haltestellen, Schiffs- und Seilbahnstationen;
- d. Fahrzeug: für den Gütertransport eingesetzte Motorfahrzeuge, Güterwagen und Schiffe sowie Kabinen, Behälter und Sessel von Seilbahnen;
- e. Infrastrukturbetreiberin: Eisenbahnunternehmen mit einer Infrastrukturkonzession nach Artikel 5 des Eisenbahngesetzes vom 20. Dezember 1957⁶.
- f. Transporturkunde: Frachtbrief oder andere Transportscheine.

Art. 3 Qualitätsanforderungen, Unterstützung der Zusammenarbeit

¹ Der Bundesrat kann, in Übereinstimmung mit den international anerkannten Normen, Anforderungen an die Qualität des Gütertransports und die Folgen bei der Nichtbeachtung dieser Anforderungen regeln.

² Er kann die Zusammenarbeit der Unternehmen untereinander und mit den Kundinnen und Kunden regeln, um die Leistungsfähigkeit und Benutzungsfreundlichkeit des Güterverkehrs zu fördern.

2. Kapitel: Gütertransport

Art. 4 Transport gefährlicher Güter

¹ Der Bundesrat erlässt besondere Bestimmungen über den Transport gefährlicher Güter.

² Das Departement kann die Genehmigung, die Zulassung oder die Prüfung von Gefahrgutumschliessungen dafür geeigneten Betrieben oder Organisationen übertragen, welche Gewähr für die vorschriftgemässe Durchführung bieten.

Art. 5 Transporte im Rahmen der Nationalen Sicherheitskooperation

¹ Die Unternehmen sind in besonderen und ausserordentlichen Lagen verpflichtet, Transporte zu Gunsten von Bund und Kantonen vorrangig durchzuführen.

² Der Bundesrat erlässt die Ausführungsbestimmungen.

⁶ SR 742.101

⁸ SR 742.101

3. Kapitel: Transportrecht

1. Abschnitt: Grundsätze

Art. 6 Ausservertragliche Haftpflicht

Die Unternehmen sind den Haftpflichtbestimmungen des Eisenbahngesetzes vom 20. Dezember 1957⁸ unterstellt.

Art. 7 Mängel des Wagens

Das Unternehmen haftet für Beschädigungen des Gutes, die aus einem Mangel des Wagens entstehen, wenn der Besteller den Mangel nicht in Kauf genommen hat.

2. Abschnitt: Frachtvertrag

Art. 8 Begriff

¹ Mit dem Frachtvertrag verpflichtet sich das Unternehmen, ein Gut gegen Entgelt zwischen bestimmten Stationen zu transportieren und es dem Empfänger, den der Absender bezeichnet hat, abzuliefern.

² Der Frachtvertrag kommt durch die übereinstimmende gegenseitige Willensäußerung der Parteien zustande.

Art. 9 Frachtbrief

¹ Der Inhalt des Frachtvertrages kann in einem Frachtbrief festgehalten werden.

² Ein Frachtbrief muss vom Absender und vom Unternehmen unterschrieben werden.

³ Die Form des Frachtbriefes kann von den Parteien bestimmt werden. Die elektronische Form ist der schriftlichen Form gleichgestellt.

Art. 10 Erfüllung von Verwaltungsvorschriften

¹ Das Unternehmen erfüllt gegen Entgelt die Vorschriften der Zoll-, Polizei- und andern Behörden, solange das Gut unterwegs ist. Es hat dabei die Pflichten eines Kommissionärs.

² Der Empfänger erfüllt diese Vorschriften auf der Bestimmungsstation, wenn der Absender nichts anderes bestimmt hat. Unterlässt er es, sorgt das Unternehmen dafür.

³ Der Absender trägt die aus der Erfüllung der Verwaltungsvorschriften entstehenden Kosten.

Art. 11 Änderung des Frachtvertrags durch den Absender

¹ Solange der Empfänger weder den Frachtbrief noch das Gut verlangt, kann der Absender den Frachtvertrag einseitig ändern. Er trägt die aus der Änderung entstehenden Kosten.

² Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.

Art. 12 Lieferfristen

¹ Der Absender und das Unternehmen vereinbaren die Lieferfrist.

² Fehlt eine Vereinbarung, so gelten die Bestimmungen des Bundesrates über die Lieferfristen und den Fristenlauf.

Art. 13 Ablieferung

¹ Nach der Ankunft des Gutes kann der Empfänger verlangen, dass ihm der Frachtbrief und das Gut gegen Bezahlung der darauf lastenden Forderungen, die sich aus dem Frachtvertrag ergeben, übergeben werden.

² Es obliegt dem Empfänger, das Gut selber auszuladen, sofern nicht das Unternehmen den Auslad gegen Entgelt besorgt. Er muss dabei die Vorschriften des Unternehmens und die Abnahmefrist einhalten. Behauptet der Empfänger, es liege ein Schaden vor, kann er die Annahme des Gutes so lange verweigern, bis eine Tatbestandsaufnahme erfolgt ist.

Art. 14 Transporthindernis

¹ Stellt sich dem Transport eines Gutes ein Hindernis entgegen, so trifft das Unternehmen die erforderlichen Massnahmen, welche die Interessen des Absenders wahren.

² Bestehen Zweifel über die Eignung der Massnahmen oder ist der Weitertransport nicht möglich, so ersucht das Unternehmen den Absender um Anweisung.

Art. 15 Abnahmehindernis

Nimmt der Empfänger den Frachtbrief und das Gut nicht fristgerecht ab, so ersucht das Unternehmen den Absender um Anweisung und setzt dem Empfänger eine Nachfrist. In dringenden Fällen kann es geeignete Massnahmen treffen.

Art. 16 Verwahrung und Verkauf nach Ablauf der Fristen

¹ Nach Ablauf der Lieferfrist nimmt das Unternehmen nicht abgenommenes Gut in Verwahrung. Es kann das Gut auf Kosten und Gefahr des Berechtigten bei Dritten einlagern.

² Es verkauft das Gut nach Ablauf der Nachfrist, wenn:

- a. der Absender keine oder nicht durchführbare Anweisungen erteilt; und
- b. der Empfänger die Nachfrist unbenützt verstreichen lässt.

³ Es verkauft das Gut nach Ablauf der Lieferfrist, wenn:

- a. das Gut verderblich ist;
- b. der Zustand des Gutes dies rechtfertigt; oder
- c. die Kosten der Verwahrung nicht in einem angemessenen Verhältnis zum Wert des Gutes stehen.

⁴ Der Verkaufserlös wird nach Abzug der Kosten dem Berechtigten zur Verfügung gestellt. Ist der Erlös geringer als diese Kosten, so muss der Absender den Unterschied bezahlen.

3. Abschnitt: Vertragliche Haftung

Art. 17 Haftung des Unternehmens aus dem Frachtvertrag

¹ Das Unternehmen haftet für den Schaden, wenn das Gut verloren geht oder beschädigt wird oder die Lieferfrist nicht eingehalten wird.

² Das Unternehmen ist von der Haftung befreit, soweit es beweist, dass der Schaden auf ein Verschulden des Geschädigten zurückzuführen ist oder auf Umständen beruht, die es nicht vermeiden und deren Folgen es nicht abwenden konnte.

³ Ist ein Schaden entstanden, so wird vermutet, er sei durch den Transport verursacht worden. Legt das Unternehmen aber dar, dass bestimmte vom Bundesrat bezeichnete Umstände vorliegen, die auf eine andere Schadenursache hinweisen, so haftet das Unternehmen nur so weit, als der Geschädigte beweist, dass der Schaden nicht durch diese Umstände verursacht wurde.

⁴ Besorgt das Unternehmen im Auftrag des Kunden den Verlad oder den Auslad von Wagenladungen, haftet es als Beauftragter.

Art. 18 Haftung des Unternehmens bei dienstlichen Verrichtungen

Das Unternehmen haftet für den Schaden, den Personen, die es für den Transport einsetzt, bei ihren dienstlichen Verrichtungen verursachen. Als solche Personen gelten auch Transportbeauftragte und ihre Angestellten sowie die Betreiberin der Infrastruktur, auf der die Beförderung erfolgt.

Art. 19 Schadenersatz

¹ Der Bundesrat setzt für den Schadenersatz Höchstgrenzen fest.

² Wurde der Schaden vorsätzlich oder grobfahrlässig verursacht, so muss das Unternehmen ihn voll ersetzen.

Art. 20 Vertragliche Haftungsbeschränkungen

¹ Vereinbarungen zwischen dem Unternehmen und dem Kunden, welche die Haftung des Unternehmens im Voraus ganz oder teilweise ausschliessen oder die Be-

weislast dem Kunden übertragen, sind nichtig. Der Transportvertrag bleibt im Übrigen gültig.

² Haftungsbeschränkungen können jedoch vereinbart werden für Güter, deren Transport besonders schwierig oder mit besonderen Risiken verbunden ist.

Art. 21 Klageberechtigung

Rechtsansprüche aus dem Transportvertrag können gegen das Unternehmen geltend machen:

- a. der Absender, solange er das Verfügungsrecht über das Gut hat;
- b. der Empfänger, sobald er den Frachtbrief oder das Gut übernommen hat.

Art. 22 Unternehmen, gegen die Ansprüche geltend gemacht werden können

¹ Rechtsansprüche aus dem Transportvertrag können wahlweise geltend gemacht werden gegen das Unternehmen:

- a. bei dem der Transport beginnt;
- b. bei dem der Transport endet;
- c. bei dessen Transport das Ereignis stattgefunden hat, das den Anspruch begründet.

² Ist die Klage gegen eines dieser Unternehmen erhoben worden, kann gegen die andern nicht mehr geklagt werden.

³ Klagt jedoch eines der anderen Unternehmen gegen den Berechtigten, kann dieser seine Ansprüche mit Widerklage oder Einrede auch gegen es geltend machen.

Art. 23 Erlöschen der Ansprüche

¹ Die Ansprüche gegen das Unternehmen erlöschen, sobald der Berechtigte das Gut annimmt.

² Sie erlöschen nicht, wenn:

- a. der Berechtigte nachweist, dass der Schaden vorsätzlich oder grobfahrlässig verursacht wurde;
- b. die Lieferfrist überschritten ist und der Anspruch binnen 60 Tagen erhoben wird;
- c. ein Teilverlust oder eine Beschädigung festgestellt wurde, bevor der Berechtigte das Gut annahm, oder der Schaden aus Verschulden des Unternehmens nicht festgestellt wurde;
- d. das Gut äusserlich nicht erkennbar beschädigt ist, der Schaden binnen der vom Bundesrat festgelegten Fristen festgestellt wird und der Berechtigte nachweist, dass der Schaden in der Zeit zwischen der Annahme zum Transport und der Ablieferung entstanden ist.

Art. 24 Verjährung

¹ Ansprüche aus dem Transport- oder Wagenstellungsvertrag verjähren in einem Jahr.

² Die Verjährung beginnt bei Ansprüchen:

- a. aus Verlust: mit dem dreissigsten Tag nach Ablauf der Lieferfrist;
- b. aus teilweisem Verlust, Beschädigung und Überschreitung der Lieferfrist: mit dem Tag der Ablieferung;
- c. aus anderen Gründen: mit dem Tag, an dem der Anspruch fällig wurde.

³ Die Verjährung steht still, wenn der Berechtigte bei dem Unternehmen reklamiert. Sie läuft weiter, sobald das Unternehmen die Reklamation zurückweist. Weitere Reklamationen in der gleichen Sache lassen die Verjährung nicht mehr stillstehen.

Art. 25 Haftpflicht

Das Unternehmen, das den Schaden verursacht hat, haftet für diesen gegenüber den andern an der Beförderung beteiligten Unternehmen allein.

Art. 26 Pfandrecht

Das Unternehmen hat für alle Forderungen aus dem Transportvertrag die Rechte eines Faustpfandgläubigers am Gut. Das Pfandrecht besteht, solange sich das Gut im Besitz des Unternehmens oder einer Drittperson befindet, von der es das Gut zurückverlangen kann.

4. Kapitel: Aufsicht, Rechtspflege und Strafbestimmungen

Art. 27 Aufsicht

Der Gütertransport nach Art. 1 Abs. 1 untersteht der Aufsicht des Bundesamtes. Es ist befugt, Beschlüsse und Anordnungen von Organen oder Dienststellen der Unternehmen aufzuheben oder ihre Durchführung zu verhindern, wenn sie gegen dieses Gesetz, die Bewilligung oder internationale Vereinbarungen verstossen oder wichtige Landesinteressen verletzen.

Art. 28 Rechtsweg

¹ Vermögensrechtliche Streitigkeiten zwischen dem Kunden und dem Unternehmen beurteilt der Zivilrichter.

² Für die übrigen Streitigkeiten gelten die Vorschriften der Bundesverwaltungsrechtspflege.

Art. 29 Vergehen

Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe wird bestraft, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer Ausführungsvorschrift zu diesem Gesetz, deren Übertretung vom Bundesrat für strafbar erklärt wird, zuwiderhandelt.

Art. 30 Verfolgung von Amtes wegen

Nach dem Strafgesetzbuch⁹ strafbare Handlungen werden von Amtes wegen verfolgt, wenn sie gegen folgende Personen während deren Dienstausbung begangen werden:

- a. Angestellte von Unternehmen nach Artikel 1 Absatz 1;
- b. Personen, die anstelle von Angestellten nach Buchstabe a mit einer Aufgabe betraut sind.

Art. 31 Zuständigkeit

¹ Die Verfolgung und Beurteilung von Verstößen gegen Bestimmungen dieses Kapitels ist Sache des Bundesamtes.

² Urteile und Einstellungsbeschlüsse sind nach ihrem Erlass ohne Verzug in vollständiger Ausfertigung der Bundesanwaltschaft zuhanden des Bundesrates unentgeltlich mitzuteilen.

5. Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 32 Vollzug

¹ Der Bundesrat ist mit dem Vollzug dieses Gesetzes beauftragt.

² Das Departement kann bewilligen, dass Unternehmen bei besondern betrieblichen Schwierigkeiten vorübergehend von den Bestimmungen über die Transporte abweichen.

Art. 33 Aufhebung bisherigen Rechts

Das Bundesgesetz über den Gütertransport von Bahn- und Schifffahrtsunternehmen vom 4. Oktober 1985¹⁰ wird aufgehoben.

Art. 34 Referendum, Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

⁹ SR 311.0

¹⁰ AS 1986 1974, 1994 2290, 1995 4093, 1995 3517, 1998 2856